

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 66. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. März 2009, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Astrid Höfs (SPD)

i. V. von Hans Müller

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Detlef Buder (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der 325. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 5./6. März 2009 in Stralsund	4
2. Vorstellung des Berichts der Strukturkommission „Lehrerbildung an der Universität Flensburg“ durch	5
- Jost de Jager, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, und - Prof. Dr. Heiner Dunckel, Rektor der Universität Flensburg	
Umdrucke 16/4029, 16/4068, 16/4072	
3. Bericht des Wissenschaftsministeriums über Anzahl, Qualität und Kosten der Medizinstudienplätze in Kiel und Lübeck	8
(auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
4. Berichterstattung der Landesregierung über die Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes	10
Schreiben des Wirtschaftsministeriums Umdruck 16/4040	
5. Situation des Freilichtmuseums Molfsee	11
(auf Antrag der FDP-Fraktion)	
6. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der 325. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 5./6. März 2009 in Stralsund

M Erdsiek-Rave berichtet über die Ergebnisse der 325. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 5. und 6. März 2009 in Stralsund (Vereinbarung einheitlicher Kriterien für den Hochschulzugang beruflich qualifizierter Bewerber, Stralsunder Erklärung zur Einstellung und Ausbildung von Lehrern in den Ländern, Statistik zur Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss, stärkere Unterstützung der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung des Berichts der Strukturkommission „Lehrerbildung an der Universität Flensburg“ durch

- Jost de Jager, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, und
- Prof. Dr. Heiner Dunckel, Rektor der Universität Flensburg

hierzu: Umdrucke 16/4029, 16/4068, 16/4072

St de Jager stellt die wesentlichen Ergebnisse des Berichts der Strukturkommission, Umdruck 16/4029, vor. Mit den von der Landesregierung bereitgestellten zusätzlichen 1,4 Millionen € und der Umsetzung der Vorschläge der Strukturkommission sei die Finanzierung der Lehrerbildung an der Universität Flensburg auskömmlich. Noch vor Ostern wolle man mit der Universität eine gesonderte Zielvereinbarung zur Eins-zu-eins-Umsetzung der Empfehlungen der Strukturkommission abschließen, damit die Akkreditierung zum Sommer erfolgen könne, sodass auch die Professuren zum Wintersemester 2009/10 besetzt werden könnten. Der Staatssekretär betont noch einmal das Interesse des Landes, die Lehrerbildung an der Universität Flensburg auf hohem qualitativen Niveau sicherzustellen und auch im Forschungsbereich Verbesserungen zu erreichen.

Prof. Dr. Dunckel sagt zu, die Universität werde die Empfehlungen der Strukturkommission zügig umsetzen, damit am 14. Juli 2009 die ausgesetzte Akkreditierung durch die ZEvA gewährt werde und die Studierenden im Sommer ein Masterzeugnis in einem akkreditierten Studiengang erhielten. Die Aussagen der Strukturkommission zu den Themen Lehrbelastung, Vorlesungen, Didaktik und Forschungsleistungen müssten nach Fächern differenziert betrachtet werden.

Abg. Herold setzt sich für die Stärkung des Universitätsstandortes Flensburg ein und bedauert, dass die Universität und Region Flensburg mit dem Bericht der Strukturkommission innerhalb kurzer Zeit das dritte Mal negative Bewertungen verkraften müsse. Der Bericht der Strukturkommission, von dem man eine Hilfestellung erwartet hätte, sei von der Diktion her nicht hinnehmbar. Die Probleme der Unterfinanzierung, Profilbildung und Strukturen seien bekannt und seit Sommer vorigen Jahres angegangen worden.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, ob die Universität den Empfehlungen der Kommission folgen und ein Zentrum für Lehrerbildung einrichten sowie den Teilstudiengang „Grundlagen der Vermittlung und generelle Kompetenzen“ neu konzeptionieren werde.

Abg. Spoorendonk spricht sich dafür aus, nicht nur die sogenannten PISA-Fächer, sondern auch kleine Fächer zu stärken, das Zentrum für Lehrerbildung in ein Institut für Bildungswissenschaften einzubetten und Berufungskommissionen nicht ausschließlich extern zu besetzen.

Prof. Dr. Dunckel führt aus, man werde die verschiedenen Fachdidaktiken in einem Zentrum für Lehrerbildung bündeln. Die GdV-Studien würden substanziell überarbeitet und sich stärker an den KMK-Standards der Lehrerbildung orientieren. Bei den Fächern Kunst und Sport gebe es Abweichungen. Die Erziehungswissenschaften müssten stärker verzahnt und vernetzt werden. Eine ausschließlich externe Besetzung der Berufungskommission sei ein Eingriff in die Hochschulautonomie und höchstens für eine kurze Übergangszeit hinzunehmen. Schließlich verwahrt er sich gegen den in der öffentlichen Berichterstattung erhobenen Vorwurf, das Personal der Hochschule sei unterbeschäftigt; das Gegenteil sei der Fall.

St de Jager erwartet, dass die Universität Lehrerbildung als Kerngeschäft und prioritäre Aufgabe wahrnehme, auf die sich die Erziehungswissenschaften stärker ausrichten hätten, und das Zentrum für Lehrerbildung eine Lokomotivfunktion übernehme. In die Vereinbarung mit der Universität solle auch die Umsetzung der externen Besetzung und der Eingrenzung der Polyvalenz aufgenommen werden.

Abg. Birk kritisiert, dass die Rahmenbedingungen trotz der zusätzlichen Landesmittel in Höhe von 1,4 Millionen € unzulänglich blieben. Sie möchte wissen, in welcher Weise Abstimmungsgespräche zwischen Wissenschafts- und Bildungsministerium stattfänden, um die Offenheit für die zukünftige Weiterentwicklung der Lehreraus- und -fortbildung zu gewährleisten.

Abg. Weber führt aus, Hauptaufgabe seien die Sicherung der Lehrerausbildung und akkreditierte Studiengänge. Er fragt, ob die Empfehlungen der Strukturkommission zu aufgeschobenen Entscheidungen über Berufungen und Stellenbesetzungen mit den Vorstellungen der Hochschule deckungsgleich seien und so realisiert würden. Die Aussage der Kommission, sie nehme an der Universität Flensburg in weiten Teilen ein extremes Verständnis von Polyvalenz wahr, das die Ausrichtung des Lehramtsstudiums auf das Berufsfeld verschwimmen lasse, erfordere eine bildungspolitische Diskussion.

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass die Umstellung auf Bachelor und Master die Anpassung an unterschiedliche Strukturen erleichtere. Die Empfehlung zur Einrichtung eines Zentrums für Lehrerbildung und Stärkung der zentralen Fachgebiete teile sie zu 100 %. Es gehe darum, sich auf den Kern der Lehrerbildung, die Vermittlung der zentralen Kompetenzen, zu konzentrieren. In Sachen Lehrerbildung stimmten sich Wissenschafts- und Bildungs-

ministerium in einer gemeinsamen Lenkungsgruppe miteinander ab. Das Bachelor-Studium sei aus guten Gründen und vor allem auch im Interesse der Studierenden polyvalent angelegt, die sich nach drei Jahren möglicherweise gegen den Lehrerberuf und für eine andere Berufslaufbahn entschieden.

St de Jager wiederholt seine Einschätzung, dass mit den vom Haushaltsgesetzgeber bewilligten zusätzlichen 1,4 Millionen € und der Umsetzung der Vorschläge der Strukturkommission die Lehrerbildung auf universitärem Niveau gewährleistet werde. Die Polyvalenz müsse funktional ausgestaltet sein, es gehe um die Frage der Anschlussfähigkeit der Studiengänge. Hierzu werde man erste Erfahrungen abwarten müssen, wie viele Bachelor-Absolventen tatsächlich das Lehramtsstudium im Master-Studiengang weiterführten.

Prof. Dr. Dunckel weist darauf hin, dass die zusätzlichen 1,4 Millionen € nur für den engen Bereich der Lehrerbildung, aber nicht zur Behebung weiterer struktureller Probleme auskömmlich seien, zum Beispiel für die Öffnung der Bibliothek bis 22 Uhr. Polyvalenz sei angesichts des „Schweinezyklusses“ bei der Lehrernachfrage in einem bestimmten Umfang erforderlich. Die Empfehlungen der Kommission zu Entscheidungen über Berufungen und Stellenbesetzungen seien nicht zu 100 % deckungsgleich mit den Vorstellungen der ZEvA und der Hochschule. Zum Zentrum für Lehrerbildung habe man mit der CAU eine Kooperation vereinbart.

Abschließend unterstreicht die Ausschussvorsitzende die Bedeutung der Lehrerbildung für die Bildungspolitik und erwartet von allen Beteiligten, eine qualitativ hochwertige Lehrerbildung sicherzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums über Anzahl, Qualität und Kosten der Medizinstudienplätze in Kiel und Lübeck

(auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Fragen von Abg. Birk berichtet St de Jager, während bei bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen grundsätzlich eine stellenbezogene Kapazität gelte, gebe es beim Studiengang Humanmedizin die Besonderheit, dass die Aufnahmekapazität für die Ausbildungsstätten Vorklinik und Klinik getrennt vorgenommen werde; für Letztere werde eine patientenbezogene Kapazität zugrunde gelegt. Bei unterschiedlichen Kapazitätswerten sei der niedrigere Wert maßgebend.

Mit dem Landeszuschuss von 76 Millionen € für Forschung und Lehre sei die Qualität der Ausbildung ausreichend finanziert und gesichert. Die Aufnahmekapazität für den Studiengang Medizin erfolge auf der Grundlage der bundesweit einheitlich geltenden Kapazitätsverordnung; die Berechnungsmethode habe sich in den vergangenen Jahren nicht geändert, die Kapazität sei an der Universität Lübeck in der Vergangenheit allerdings nicht voll ausgeschöpft worden. In das erste klinische Semester hätten sich weder in Kiel noch in Lübeck Studierende einklagen können, da die Anträge abgelehnt worden seien oder es auf einen Vergleich hinausgelaufen sei. In Lübeck seien Studierende bis zur selbst errechneten Grenze von 236 Studierenden aufgenommen worden. In das erste vorklinische Semester hätten sich in Kiel fünf Studierende und in Lübeck 22 Studierende einklagen können. Im Wesentlichen sei dies formal mit der bis dahin nicht erfolgten Umsetzung der neuen Lehrverpflichtungsverordnung begründet worden.

In einer Anfang des Jahres gegründeten Arbeitsgruppe zur Steuerung der Medizinstudienplatzvergabe erörterten Vertreter aus Wissenschaftsministerium, UK S-H-Vorstand und beiden Universitäten, welche maßgeblichen Einflussgrößen auf der Grundlage geltender Rechtsvorschriften verändert werden könnten, um im klinischen Bereich weniger Studierende aufnehmen zu müssen. Die bisherigen Vorschläge seien allerdings alle nicht umsetzbar gewesen. Das Wissenschaftsministerium favorisiere den Weg, den für die Kapazitätsberechnung entscheidenden Parameter „Zahl der mit Forschung und Lehre betrauten Ärztinnen und Ärzte“ zu begrenzen. Auf der anderen Seite gebe es den Anspruch der Gesellschaft und der Studierenden, an einer durch Steuermittel finanzierten Einrichtung ein Medizinstudium zu absolvieren.

Abg. Birk weist darauf hin, dass ein Medizinstudienplatz um ein Vielfaches teurer sei als andere Studienplätze und die Effizienzsteigerung des UK S-H offensichtlich dafür Sorge, dass sich mehr Studierende in ein Medizinstudium einklagen könnten. Vor diesem Hintergrund müssten endlich die Trennung von ärztlicher Forschung und Lehre auf der einen und ärztlicher Krankenversorgung auf der anderen Seite umgesetzt und die Zahl der Medizinstudienplätze wirksam begrenzt werden.

Abg. Weber steht auf dem Standpunkt, dass die Frage des Umfangs an Medizinstudienplätzen politisch entschieden werden müsse. Die Erichsen-Kommission habe empfohlen, den Anteil der Hochschulmedizin am gesamten Hochschulsektor in Schleswig-Holstein abzusenken, wenn man die Hochschullandschaft auskömmlich finanzieren wolle.

Abg. Dr. Klug bittet das Wissenschaftsministerium um eine Stellungnahme zu dem Umgang der Campi in Lübeck und Kiel mit der Aufnahme zusätzlicher Studierender und der Frage, inwieweit sich die Qualität der Medizinausbildung durch höhere Aufnahmezahlen verschlechtere.

St de Jager äußert, er habe den Eindruck, dass die Frage der zusätzlichen klinischen Studierenden in Lübeck vor allem im Zusammenhang mit der Entscheidung des Medizinausschusses über die Zuweisung der Mittel für Forschung und Lehre virulent geworden sei. Er gehe davon aus, dass die Last der zusätzlichen klinischen Studierenden weniger drücken würde, wenn man eine finanzielle Entlastung an anderer Stelle erreichen würde. Die Zahl der Studierenden an beiden Standorten herunterzufahren, sei nicht einfach und vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung im Bereich Medizinwissenschaft in Schleswig-Holstein auch nicht konsequent. Vielmehr sei man gut beraten, die Pflänzchen, die man habe und die gut seien, zu gießen und das Problem zusätzlicher Studierender pragmatisch zu lösen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Berichterstattung der Landesregierung über die Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes

Schreiben des Wirtschaftsministeriums
Umdruck 16/4040

Der Bildungsausschuss nimmt den Vorschlag des Wissenschaftsministers wohlwollend zur Kenntnis und strebt an, in der nächsten Sitzung eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Landtag zu verabschieden. Außerdem folgt der Ausschuss der Anregung von Abg. Spoorendonk, das Wirtschaftsministerium zu bitten, im Sommer über Erfahrungen mit dem neuen Weiterbildungskonzept zu berichten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Situation des Freilichtmuseums Molfsee

(auf Antrag der FDP-Fraktion)

Auf Fragen von Abg. Dr. Klug teilt RL Dr. Opitz mit, der Vertrag zwischen dem Trägerverein, der Stadt Kiel und dem Land sehe finanzielle Verpflichtungen des Landes vor. Nachdem die finanzielle Schieflage des Vereins dem Land und der Stadt Ende 2008 mitgeteilt worden sei, habe das Land in enger Abstimmung mit der Stadt in verschiedenen Sitzungen ange-mahnt, dass ein tragfähiges Konzept entwickelt werde - Investitionen dafür seien in Aussicht gestellt worden - und eine umfassende Wirtschaftsprüfung erfolge. Die Wirtschaftsprüfung werde in Kürze abgeschlossen sein. Das Konzept solle Ende 2009 vorliegen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf eine Frage von Abg. Birk zum **Pädagogium in Bad Schwartau** nimmt M Erdsiek-Rave zunächst zur Frage der eigenständigen Prüfung für Nichtschüler zur Fachhochschulreife Stellung. Die bisherige Sonderregelung des Pädagogiums, das keine anerkannte Ersatzschule sei, bleibe bestehen. Das bedeute, dass die an der Schule erworbene Fachhochschulreife nur in Schleswig-Holstein Gültigkeit habe, weil sie nicht den KMK-Regeln entspreche. Im Gegensatz zur Fachhochschulreifeprüfung könne man bei der Abiturprüfung keine schleswig-holsteinische Sonderregelung schaffen. Für die Waldorfschulen gebe es eine gesonderte KMK-Vereinbarung.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erläutert Herr Trinkler, Bayern, Sachsen und Thüringen würden die Fachhochschulreife aller anderen Bundesländer nicht anerkennen. Das Pädagogium habe mit Blick auf sein Klientel ausdrücklich eine von den Regelungen der Waldorfschulen abweichende Regelung gewünscht, an denen nämlich zukünftig alle Schülerinnen und Schüler zum Abitur geführt würden und diejenigen, die die Abiturprüfung nicht bestünden, unter bestimmten Umständen die Fachhochschulreife erhielten.

Abg. Birk sieht keinen sachlichen Grund, das Pädagogium bei der Prüfung anders zu behandeln als die Waldorfschulen, weil es sich von staatlichen Schulen kaum unterscheide. Sie bittet das Bildungsministerium, noch einmal die rechtlichen Grundlagen für diese „Ungleichbehandlung“ darzustellen und Wege aufzuzeigen, die die Schülerinnen und Schüler des Pädagogiums nicht länger „diskriminierten“.

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass das Pädagogium die Möglichkeit habe, die staatliche Anerkennung zu beantragen.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:10 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer